

Leseprobe aus:

Zolling

Deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf  
[www.hanser-literaturverlage.de](http://www.hanser-literaturverlage.de)

© © Carl Hanser Verlag München 2015

HANSER

Peter Zolling

Deutsche Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart



Peter Zolling

# Deutsche Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart

Macht in der Mitte Europas

Bearbeitete und erweiterte  
Neuausgabe

Carl Hanser Verlag

*Für Hülya und Oktay*

1 2 3 4 5 19 18 17 16 15

ISBN 978-3-446-24938-7

1. Auflage der bearbeiteten und erweiterten Ausgabe 2015

© Carl Hanser Verlag München 2005/2015

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Manja Hellpap, Berlin

Umschlagillustration: Jörg Hülsmann, Berlin

Satz und Lithos: Fotosatz Amann, Memmingen

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Ulm

Printed in Germany



**MIX**  
Papier aus verantwortungs-  
vollen Quellen  
FSC® C083411

## Einleitung zur erweiterten Neuausgabe

Mit dieser erweiterten und überarbeiteten Neuausgabe legt der Autor nun zum dritten Mal seine »Deutsche Geschichte« vor. Das ist erfreulich, bestätigt es doch ein anhaltendes Interesse des jüngeren und älteren Publikums an der wechselvollen Vergangenheit seines Landes, an der Entstehung der Gegenwart. Im Verlauf des ersten Vierteljahrhunderts nach der erreichten Einheit hat sich der Blick auf das neue Deutschland mehrfach verschoben. Das hängt mit der Selbstfindung der Nation seither zusammen und liegt an der veränderten Rolle, die der bevölkerungsreichste Staat der Europäischen Union mittlerweile spielt. Ursprünglich lautete die Unterzeile dieser erzählenden Darstellung »Wie Deutschland wurde, was es ist«.

Die rasante politische und wirtschaftliche Entwicklung der Berliner Republik nach 1990 bis in unsere Tage legt es nahe, das sichtbare Ergebnis dieses Wandels, die Ausformung und Gestalt des Landes, in angemessene Worte zu fassen: »Macht in der Mitte Europas« verweist auf den Aufstieg des vereinten Deutschland, der weder notwendigerweise noch geradlinig so verlief, wie er sich nun, im 25. Jahr der Einheit, darstellt. In den Wendemonaten der Jahre 1989/90 gab es ja Stimmen wie die des kürzlich verstorbenen Schriftstellers und Literaturnobelpreisträgers Günter Grass, die mit Blick auf die deutsche Schuld am europäischen Judenmord im Zweiten Weltkrieg die Spaltung der Nation für eine gerechte Strafe hielten und mit der Einheit ein neues »Viertes Reich« heraufziehen sahen.

Auch in der Gegenwart sind solche Töne wieder zu vernehmen, vornehmlich in einigen südeuropäischen Ländern, wo man mit der ökonomischen Überlegenheit Deutschlands hadert. Solche völlig überzogenen Befürchtungen und Vorwürfe sollten nicht überbewertet, aber auch nicht vorschnell vom Tisch gewischt werden, ebenso wenig wie Forderungen im Ausland nach mehr deutscher Führungs- oder besser Gestaltungsentschlossenheit in Europa. Beide Auffassungen haben Deutschlands im europäischen Vergleich sehr starke wirtschaft-

liche Stellung und seine Mittellage auf dem Kontinent im Blick, Umstände, die das wiedervereinigte Land unweigerlich in die Position eines tunlichst um- und weitsichtigen Vermittlers zwischen unterschiedlichsten Interessen bringen. Einer jener, die Deutschlands neue Bedeutung und gewachsene Verantwortung früh erkannt haben, ist der Politologe Herfried Münkler, der sowohl der Politik als auch der Öffentlichkeit die Tugenden der »Geduld« und »Gelassenheit« sowie das Streben nach »Ausgleich« empfiehlt. Schon der Gründer des ersten deutschen Nationalstaats, des Kaiserreichs von 1871, Otto von Bismarck versuchte, die neue Macht in der Mitte Europas außenpolitisch auf einer ähnlichen Linie zu halten. Das misslang, es kam zum Ersten Weltkrieg, auf den der Zweite folgte, der vor 70 Jahren endete und ein Deutschland in Schutt und Asche hinterließ.

Aber was ist Deutschland denn nun eigentlich, wie wurde es zu dem, was es heute ist? Nach 25 Jahren deutscher Einheit betrachten die meisten das Land und den Staat, in dem sie leben, als eine Selbstverständlichkeit. Als hätte es nie etwas anderes gegeben! Dabei ist dieses neue vereinte Deutschland gerade mal erwachsen geworden und hat die Nöte der Pubertät noch gar nicht so lange hinter sich. Wer die aufregenden Revolutions- und Wendejahre 1989/90 noch nicht bewusst erlebt hat oder erst danach geboren wurde, für den ist Deutschland gleichbedeutend mit dem, was erst 1990 entstand: eine Republik, die zum ersten Mal in der deutschen Geschichte allen Deutschen auf friedlichem Weg Freiheit und Einheit brachte.

Wie schnell so etwas in Vergessenheit gerät! Schon im Jahr 2005 konnte laut einer Umfrage ein Drittel der Deutschen mit dem Datum des 9. November 1989 »nichts mehr anfangen«. Würde das Ergebnis heute besser ausfallen? Zweifel sind erlaubt. Das zum Teil schwindelerregende Tempo des bis heute anhaltenden Wandels, der die Welt seit 1989/90 erfasst hat – Folge der Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa, der in den Neunzigerjahren sich beschleunigenden Globalisierung und zahlreicher neuer Krisen und Kriege seitdem –, trübt das Bewusstsein für die »unerhörte Begebenheit«, wie der Kulturosoziologe Wolf Lepenies das Jahrhundertereignis deutsche Einheit genannt hat. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme,

mit denen das neue Deutschland zu kämpfen hatte, verstellen bisweilen den Blick auf diesen Glücksfall der Geschichte, der manchen sogar zunächst wie ein Betriebsunfall vorkam.

Und davor? Wie sah Deutschland denn da aus? Es existierten ja zwei Staaten auf deutschem Boden, die westliche Bundesrepublik Deutschland und die östliche Deutsche Demokratische Republik, deren führende Repräsentanten in beidseitiger Geringschätzung auch gerne von BRD oder DDR sprachen. Wie war es eigentlich zu dieser Spaltung gekommen? Und seit wann ist von Deutschland überhaupt die Rede? Was hat es mit dem Kaiserreich auf sich und dem Zusammenhang von Einheit und Freiheit?

Wer so fragt, muss sich auf eine Reise in die Vergangenheit begeben. Sie führt den Zeitzeugen des noch immer jungen 21. Jahrhunderts, der im Bann von Computer und Internet an Zukunftsmusik gewöhnt ist, weit zurück ins 19. Jahrhundert. Dorthin, wo die Anfänge und Wurzeln dessen liegen, wozu Deutschland, wie wir es alle kennen, geworden ist. Gleicht diese Vergangenheit einem tiefen, unergründlichen Brunnen, um einen Satz Thomas Manns aufzugreifen, jenes wohl bedeutendsten Schriftstellers der Deutschen im 20. Jahrhundert, der sich so intensiv wie kaum ein anderer mit dem Land und dem Volk der Dichter und Denker beschäftigt hat?

Das wäre gewiss eine Übertreibung, die dem Erzähler eines Romans zusteht, der den Leser in immer weiter entfernte Gefilde locken möchte. In unserem Fall verhält es sich anders, weil wir Übersicht gewinnen und von wahren Geschehnissen berichten wollen, die sich in einer Zeitspanne von nicht ganz 170 Jahren zugetragen haben. Gemeint ist die Geschichte Deutschlands von 1848, der revolutionären Ouvertüre des langen Ringens der Deutschen um Einheit *und* Freiheit, über die Gründung des Kaiserreichs im Jahr 1871, die beiden Weltkriege und das Zwischenspiel der Weimarer Republik, die nationalsozialistische Schreckensherrschaft, die deutsche Teilung und Wiedervereinigung und das nachfolgende Vierteljahrhundert bis in unsere Tage.

Wer wissen möchte, in welchem Land er heute lebt, der *muss* so weit ins 19. Jahrhundert zurückreisen. Um die Begeisterung zu verstehen, welche die Deutschen in Ost und West 1989 beim



Fall der Berliner Mauer erfasste, ist es erforderlich, den verschlungenen und oft unterbrochenen Pfaden zu Freiheit und Einheit in Deutschland zu folgen. Ihre Ursprünge reichen zurück in jene Zeit vor 1871, als nationale und liberale Erhebungen ganz Europa erschütterten. Insofern sind wir wieder eins mit Thomas Mann und wollen aus dem tiefen Brunnen der Vergangenheit zutage fördern, was dem Begreifen dienlich ist.

Weil Freiheit und Einheit in Deutschland – anders als in anderen Ländern – kein unzertrennliches Zwillingsspaar bildeten, weil die Nation erst spät – 1871 – zur ersten Einheit fand und weil Freiheit und Demokratie den Deutschen darüber hinaus viel zu lange fremd blieben, war das Volk in der Mitte Europas anfällig für Irrwege. Ihnen wird nachzuspüren sein, bis hin zur Katastrophe des Nationalsozialismus, der eines der führenden Länder der Welt in die Barbarei stürzen ließ.

Der Zwiespalt zwischen Einheit und Freiheit begleitete die Deutschen auch nach 1945 – in Gestalt ihres geteilten Landes, dessen Bewohner im Osten nach der nationalsozialistischen nun von einer kommunistischen Diktatur beherrscht wurden. Dass die Geschichte den Deutschen – wenn auch spät – 1989/90 die Chance eröffnete, Freiheit und Einheit zu versöhnen, beleuchtet nach Überzeugung des Autors das historische Drama eines Volkes, das weit über ein Jahrhundert benötigte, um als geeinte Nation seinen Platz in der internationalen Gemeinschaft zu finden.

Wer zurückblickt, ist neugierig darauf, wie es eigentlich gewesen ist und weshalb es so und nicht anders kam. Diese doppelte Frage richtet sich an jeden Abschnitt der deutschen Geschichte seit 1848, damit man versteht, wie eins aus dem anderen erwuchs – bis heute. Sie betrifft selbstverständlich auch das dunkelste Kapitel, die Jahre zwischen 1933 und 1945. Ihr Vermächtnis enthält die ewige Warnung vor Verführung, mörderischem Rassenwahn und Gewaltherrschaft. Aber nicht nur das: Davor liegt eine Vergangenheit, die weit mehr ist als eine bloße Vorgeschichte. Vielmehr erhellt diese Vergangenheit, wie möglich wurde, was schließlich geschah, aber nicht zwangsläufig so kommen musste.

Die Fassungslosigkeit über die Menschheitsverbrechen der Nazis rührt vielleicht auch daher, dass sich Deutschland seit

seiner Gründung als Nationalstaat 1871 bis zum Jahr 1933 ja keineswegs auf einer Einbahnstraße in Richtung einer totalitären Diktatur bewegte. Und jenseits dieses Bruchs mit allen Normen der Zivilisation gab und gibt es eine Nachgeschichte, in der sich – zur Überraschung vieler – die Freiheit schließlich in ganz Deutschland durchgesetzt hat. Wer sie schätzen und lieben will, muss auch die Gefahr der Unfreiheit kennen – in welcher Gestalt und Vermummung auch immer. Denn Freiheit ist zerbrechlich und auf Erinnerung angewiesen.

Jemand, der seine Vergangenheit nicht kenne, sei wie ein flatterndes Blatt im Wind, das weder wisse, ob es zu einem Baum gehöre, noch zu welchem. So lautet eine portugiesische Weisheit. Möge sie den hoffentlich neugierig gewordenen Reisenden begleiten, wenn er jetzt in eine Erzählung eintaucht, der es an stürmischen Begebenheiten gewiss nicht mangelt. Dabei wird vielleicht dem einen dies fehlen, dem anderen jenes zu kurz kommen. Das kann nicht ausbleiben bei einer Darstellung, die in den Mittelpunkt rückt, was sich für die wechselvolle Entwicklung von Einheit und Freiheit in Deutschland als folgenreich erwiesen hat.

Da seit dem ersten Erscheinen dieses Buches zehn Jahre vergangen sind, schiebt sich in der aktualisierten Neuauflage das erste Vierteljahrhundert des vereinten Deutschland, die neue Berliner Republik, mehr in den Vordergrund. Nach 25 Jahren deutscher Einheit lässt sich eine erste Bilanz ziehen. In zwei großen Kapiteln wird nachgezeichnet, wie das Einheitsglück zunächst in lähmende Verzagtheit umschlug, wie Ost und West miteinander fremdelten und die lange Vereinigungskrise Zweifel nährte, ob Deutschland seine Zukunft mit der gewohnten Zielstrebigkeit würde gestalten können. Zeitweilig war sogar schon vom »kranken Mann am Rhein« die Rede, eine Anspielung auf das wankende Osmanische Reich im 19. Jahrhundert, das man den »kranken Mann am Bosphorus« nannte.

Neben den unterschätzten Lasten und Anstrengungen, welche die *innere* Einheit mit sich brachte und den Menschen abverlangte, war es auch der enorme Druck der ökonomischen Globalisierung mit all ihren sozialen und kulturellen Folgen, der Deutschland zu schaffen machte. Hinzu kamen unerwartete außenpolitische Herausforderungen, die der Politik keine

Atempause ließen. Und über allem schwebte, spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001, die Gefahr des internationalen Terrorismus in islamistischem Gewand.

Nach 2005 fasste Deutschland wirtschaftlich wieder Fuß und gewann auch politisch Schritt für Schritt an Bedeutung. Selbstvertrauen und Selbstsicherheit stiegen, trennende Gegensätze und Unterschiede zwischen West und Ost schliffen sich allmählich ab, und auch der tiefe Einschnitt durch die 2007/2008 einsetzende Weltfinanz- und internationale Wirtschaftskrise bremste diese Entwicklung kaum. Ohne dass Berlin es wirklich wollte, beförderte vor allem die Euro-Krise die vom Export gut lebende und von der europäischen Gemeinschaftswährung profitierende Mittelmacht Stück für Stück zur kontinentalen Großmacht, von der wirtschaftlich, politisch, aber auch militärisch viel erwartet wird.

Was Deutschland mit dieser neuen Führungsrolle, die ihm gewissermaßen in den Schoß gefallen ist, auf Dauer anfängt, werden wir abwarten müssen. Keineswegs darf es die Fehler der Vergangenheit wiederholen und sein Heil in unberechenbaren Alleingängen suchen. Danach sieht es zumindest bislang nicht aus, und der Garant dafür, dass dies so bleibt, ist die europäische Einbindung dieses mittlerweile so großen und einflussreichen Landes.

Alle, denen an Vertiefung und gezielter Suche gelegen ist, finden in dieser Neuauflage der »Deutschen Geschichte« neben einer erweiterten Zeittafel ein Sach- und Personenregister zum Nachschlagen sowie zusätzliche Literaturhinweise. Dem Hanser Verlag, der diese Neuauflage angeregt und ermöglicht hat, sei herzlich gedankt, ganz besonders auch Dr. Friedbert Stohner, dessen Lektorat wie schon vor zehn Jahren Präzision und Eleganz verbindet. Ich widme diese »Deutsche Geschichte« den Freunden Hülya und Oktay Yagdiran, Deutschen mit ausländischen Wurzeln, die es weit gebracht haben in einem Land, das ruhig noch mehr Weltoffenheit zeigen könnte und sollte.

Hamburg, im Juli 2015

Peter Zolling

# I. Der Traum von Einheit und Freiheit

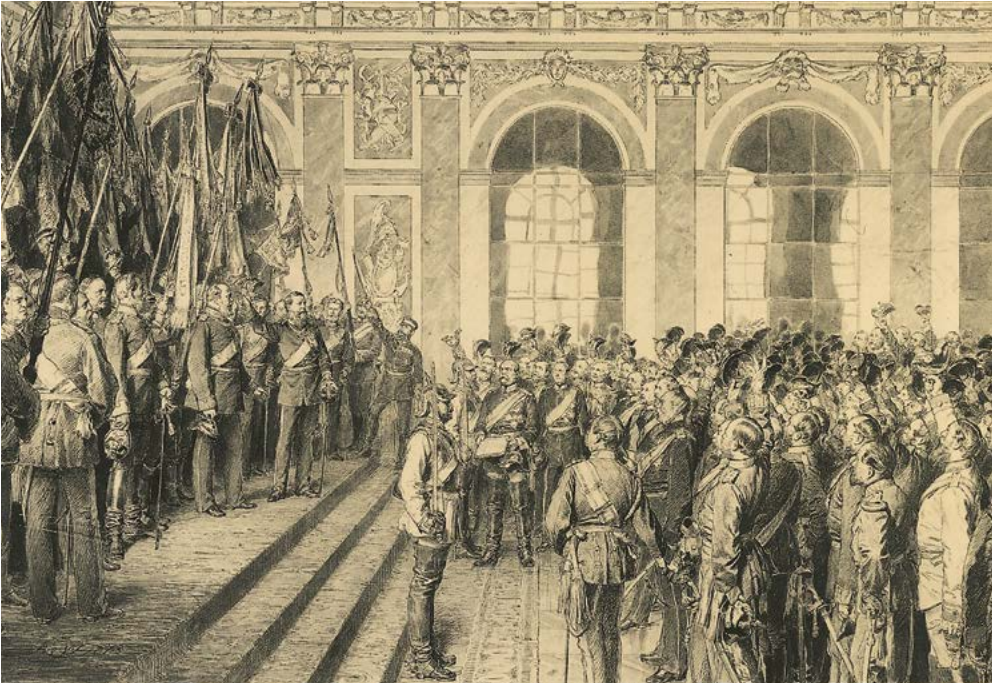
## Ein König will nicht Kaiser werden

**S**trahlender Sonnenschein lag über Paris, aber die grimmige Kälte ließ die Bewohner frösteln. Der blaue Himmel über der Stadt an der Seine stimmte keinen fröhlich. Man schrieb den 18. Januar 1871 und Frankreich trauerte. Im südwestlich von Paris gelegenen Versailles, der prachtvollen Residenzstadt der französischen Könige, erfüllte preußische Marschmusik die Gassen. Am Prunkschloss Ludwigs XIV., der wie kein anderer im 17. Jahrhundert und noch danach die absolute Monarchie verkörpert hatte, fuhr eine vierspännige Kutsche vor. Ihr entstieg Wilhelm I., König von Preußen.

Er war schlecht gelaunt. Daran konnten auch die vielen Uniformen, Fahnen und Säbel, die der König sah und die sonst sein Offiziersherz immer erfreuten, nichts ändern. Denn Wilhelm I. stand der »unglücklichste Tag« seines Lebens bevor, wie er seinem treuesten Diener, dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck, anvertraut hatte.

Der König von Preußen sollte zum Kaiser ausgerufen werden – zum Kaiser eines neuen Reichs, das Preußen soeben gemeinsam mit den deutschen Bundesstaaten im Krieg gegen Frankreich zusammengeschmiedet hatte. Wilhelm I. hatte nichts gegen neue Erwerbungen, aber seine stolze Preußenkrone im Glanz der ungeliebten deutschen Kaiserwürde verblassen zu sehen, das brach ihm fast das Herz. Am Vorabend hatte er sich heftig mit Bismarck gestritten, dem politischen Baumeister der neuen Macht in der Mitte Europas, die ihre Geburtsstunde im Herzen Frankreichs, des besiegten Feindes, feiern wollte.

»Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, erwählter Kaiser von Deutschland« – so sah sich der Monarch und so wollte er auch am liebsten angesprochen werden. Bismarck konnte seinem Herrscher diesen Titel ausreden, weil er Preußens deutsche Verbündete vor den Kopf gestoßen hätte.



Eine Staatsgründung auf fremdem Boden: Kaiserproklamation Wilhelms I. im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871. Das deutsche Volk spielte bei dieser Feier von Fürsten und Militärs keine Rolle.

Dann wenigstens »Kaiser von Deutschland«, beharrte Wilhelm eigensinnig. Auch nicht besser, fand Bismarck, und so standen die beiden Herren jetzt mit bleichen Gesichtern im festlichen Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, ohne sich eines Blicks zu würdigen.

Bismarck, wie die versammelten Fürsten, Prinzen und hohen Offiziere in Uniform, die preußische Pickelhaube in der Hand, sah besorgt, dass die Knie des Königs gelegentlich zitterten. Eine gedrückte Stimmung stand auf den Gesichtern der Anwesenden. Außer dem Rasseln der Säbel war kein Laut zu hören. Militärische Symbole bestimmten die Zeremonie; Fahnen- und Standartenträger hatten Aufstellung genommen. Einige wenige Zivilisten, Parlamentarier aus Deutschland, drückten sich an den Rand der Szene. In die gespenstische Stille erklärte Wilhelm I., er wolle der Bitte der Verbündeten entsprechen und »die deutsche Kaiserwürde« annehmen. Anschließend verlas Bismarck, »ohne jegliche Spur von Wärme oder feierlicher Stimmung«, wie ein Augenzeuge festhielt, die Proklamation »An das deutsche Volk«:

»Wir übernehmen«, hieß es da, »die kaiserliche Würde in

dem Bewusstsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.« Der Großherzog von Baden war es, der dann den Bann brach und die peinliche Titelfrage mit dem Ausruf umging: »Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch!«

So ganz im Zeichen des militärischen Sieges über Frankreich verlief die Geburtsstunde des Deutschen Reichs, dass schon bald von »Mummenschanz« die Rede war. Prinz Otto, Bruder des bayerischen Königs Ludwig II., klagte: »Alles so kalt, so stolz, so glänzend, so prunkend und großtuerisch.« Die Gründung eines Staates auf fremdem Boden, wann hatte es das je gegeben? Die Demütigung einer großen Nachbarnation als Geburtshelfer der deutschen Einheit – an dieser Erblast sollte das neue Reich schwer zu tragen haben.

»An das deutsche Volk« war Bismarcks Proklamation gerichtet. Doch dieses Volk trat in Versailles nicht in Erscheinung. Kein Wort von Verfassung oder Parlament, jenen historischen Errungenschaften, die nach jahrhundertelangen und oft gewaltsamen Konflikten zwischen der Krone und ihren Untertanen in Ländern wie Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht mehr wegzudenken waren. Befremdlich, ja beunruhigend musste das auf viele Staatsmänner außerhalb Deutschlands wirken. Benjamin Disraeli, Oppositionsführer im englischen Unterhaus, dem Parlament des Inselstaates, sah die Weltordnung aus den Fugen geraten.

»Dieser Krieg«, urteilte er kurz nach der Kaiserproklamation und dem Waffenstillstand zwischen Frankreich und Deutschland, »bedeutet die deutsche Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution des letzten Jahrhunderts.« Und mit Blick auf Europa fügte er hinzu: »Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört.«

So dramatisch sah Disraeli die Umstände und Folgen der deutschen Reichsgründung von 1871. Aber übertrieb der britische Politiker, ein Konservativer, dem alles Neue ein Gräuelpiece war, nicht ein bisschen? Hatten die Deutschen nicht einfach nur etwas später erreicht, worauf Franzosen, Engländer, Rus-

sen, Spanier und seit Kurzem auch die Italiener selbstverständlich stolz waren: ihre nationale Einheit? War es nicht ein alter Traum gewesen, an dem Jahrzehnte zuvor nur wenige Anstoß genommen hatten?

Wer konnte es den Deutschen verübeln, dass sie nun erst einmal ihre Einheit feiern wollten, auch wenn beim waffenklirrenden Gründungsakt in Versailles vom Volk nur die Rede war und die Herrschenden lieber unter sich blieben. »Kaiser und Reich fanden enthusiastische Zustimmung«, bemerkte ein Reisender in Süddeutschland, dessen Bewohner keinesfalls als Freunde Preußens galten. In allen Gasthäusern hingen Bilder des Kaisers und Bismarcks und für den Historiker Heinrich von Sybel kannte die Begeisterung keine Grenzen: »Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient«, schrieb er einem Freund, »so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt!«

Aber es gab auch andere Stimmen. Der Sozialist Wilhelm Liebknecht hatte einen Monat vor dem Schauspiel in Versailles gespottet, die Kaiserproklamation solle auf dem Gendarmenmarkt in Berlin abgehalten werden. »Denn dieses Kaisertum kann in der Tat nur durch Gendarmen aufrechterhalten werden.« Sein Freund und Mitbegründer der späteren Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), August Bebel, sprach von der »Einheit der Kaserne und des Zuchthauses«, was ihm eine Gefängnisstrafe einbrachte. Und im »Kladderadatsch«, einem Satireblatt, wurde im Berliner Dialekt gewitzelt: »Was nutzt die neue Krone mich, und wenn sie auch von Gold ist? Und was der Kaisermantel, wenn er nicht – vons Volk gerollt ist [...] Das ist das Reich doch nicht, wofür gekämpft ich und gewacht hab!«

Wofür aber hatten die Deutschen so lange gekämpft, dass jetzt die überschäumende Freude bei nicht wenigen durch Enttäuschung gedämpft wurde? Was war das für ein Land, das seine Staatsgründung so einschüchternd auf fremdem Boden feierte? Und wer war der Mann, der dem Volk in der Mitte Europas die Einheit gebracht hatte und den bald viele nur noch ehrfürchtig den »eisernen Kanzler« nannten?

## Die verspätete Nation

Jedes Ereignis hat seine Vorgeschichte. Manchmal reicht sie so weit zurück, dass es etwas schwierig ist, die Fäden zu entwirren. Wo beginnen, um die besondere Entwicklung Deutschlands bis zu jener ebenso denk- wie merkwürdigen Szene im Spiegelsaal von Versailles zu verstehen? Deutschland – gab es das zuvor überhaupt schon? Jedenfalls nicht als eine Nation mit einem Staat und einem Volk, das in einheitlichen Grenzen und einer gemeinsamen politischen Ordnung lebte, wie etwa England und Frankreich. Seit dem Mittelalter war vom »Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation« die Rede, wenn Deutschland gemeint war. Hinter dieser Bezeichnung, die das Erbe des einst im Altertum mächtigen Römischen Reichs für sich beanspruchte, verbarg sich in Wirklichkeit ein Flickenteppich von mehr als 300 kleineren und größeren über ganz Mitteleuropa verstreuten Staaten. In ihnen herrschten Könige und Fürsten nach Landesrecht und Gutdünken, denen das »Römische Reich Deutscher Nation« alles andere als heilig war. Was der Kaiser, an sich die oberste Autorität dieses seltsamen Gebildes, wollte, scherte sie nicht viel. Die Macht lag bei ihnen und nicht beim Kaiser. Ihre Untertanen hatten sich dem Willen des Landesherrn zu beugen, auch bei der Religionszugehörigkeit. Für das Volk galt: »Wess' Brot ich ess', dess Lied ich sing'«.

Der Dreißigjährige Krieg (1618–1648), Folge der Glaubensspaltung zwischen Katholiken und Protestanten nach der Reformation im 16. Jahrhundert, hatte eine Spur der Verwüstung in deutschen Landen hinterlassen. Leid und Elend, Hunger und Seuchen rafften große Teile der Bevölkerung dahin – das Mittelalter kehrte zurück. Und der Westfälische Friedensschluss besiegelte die territoriale Zersplitterung Deutschlands. Die Menschen mussten sich in ihr Schicksal fügen und nach der Pfeife desjenigen tanzen, der sie gerade regierte – je nachdem, wohin es sie verschlug. Doch aus den Wirren des verheerenden Krieges um Religion, Macht und Einfluss in Mitteleuropa tauchten zwei Herrscherhäuser auf, deren Ringen um Überlegenheit in Deutschland Geschichte machen sollte: die Hohenzollern in Preußen und die Habsburger in Österreich.

Österreichs Aufstieg zur Großmacht lag schon zwei Jahr-



hunderte zurück, als Preußen die europäische Bühne betrat. Im Schatten alter Mächte, wie Frankreich, England und Russland, von niemandem so recht bemerkt, wuchs es heran; erst unterschätzt, dann gefürchtet. Ohne sie je in die Schlacht zu schicken, unterhielt Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), der Soldatenkönig, eine stattliche Armee – mit 83 000 Mann war es die viertgrößte des Kontinents. Erst sein Sohn Friedrich II. (auch »der Große« genannt) setzte sie in der Mitte des 18. Jahrhunderts vor allem auf Kosten Österreichs gezielt für kriegerische Eroberungen ein und begründete damit nicht nur Preußens starke Stellung im Konzert der europäischen Mächte, sondern zugleich auch dessen Ruf: im Guten und noch mehr im Schlechten.

Zwar öffnete sich König Friedrich II. dem Geist und den Gedanken seiner Zeit – der Aufklärung. Aber eben mehr im Geiste. Er umgab sich mit klugen Philosophen, wie etwa dem Franzosen Voltaire, schätzte gelehrte Herrenrunden am Hofe zu Sanssouci (»Ohne Sorge«) in der geliebten Garnisons- und Residenzstadt Potsdam und pflegte seine Leidenschaft zur Musik. Preußen beeindruckte durch einen modernen Militär- und Beamtenstaat, der in Europa seinesgleichen suchte. Und es lockte viele religiös Verfolgte ins Land, weil jeder sein Bekenntnis frei wählen, nach »seiner Fassung Selich« werden konnte, wie der König versprach.

Doch die Kehrseite Preußens verdüsterte dieses Bild und prägte ihm seinen eigentlichen Stempel auf. Potsdam, das war eben nicht in erster Linie der architektonisch liebliche Ort erbaulicher Flötenkonzerte des komponierenden Monarchen, sondern vor allem die Verkörperung soldatischer Tugenden: Gehorsam und Pflichterfüllung im Dienst des Staates waren oberste Gebote, und sie sollten es bleiben. Freiheit und Aufklärung, Ideen also, die sich mit der Französischen Revolution seit 1789 über ganz Europa ausbreiteten, durften zwar gedacht werden. Mehr Teilhabe des Volkes an der Regierung war damit aber nicht verbunden. Der König behielt in Preußen das letzte Wort. »Andere Staaten besitzen eine Armee«, lästerte der französische Staatsmann Honoré Graf von Mirabeau. Preußen dagegen sei »eine Armee, die einen Staat besitzt«.

Und dieser Staat brach, 1806/07, unter dem Ansturm französischer Truppen zusammen, als sich Kaiser Napoleon Bona-

parte daranmachte, ganz Europa zu unterwerfen. Aber nicht Preußen ging unter, sondern das »Heilige Römische Reich Deutscher Nation« – ohnehin nur noch eine leere Hülle – verschwand, um einer neuen Ordnung Platz zu machen. Aber welcher? Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – der Dreiklang der großen Französischen Revolution von 1789 hatte sich wie ein Lauffeuer über die ganze Welt verbreitet. Auch viele Deutsche hatten sich zunächst von der revolutionären Begeisterung anstecken lassen.

Doch die Freude über den Aufstieg des Bürgertums, des dritten Standes, und die Beseitigung der Vorrechte von Adel und Kirche war mit den Jahren stark abgeklungen. Ernüchterung machte sich breit. Dazu hatte der blutige Terror der Revolution beigetragen, mehr aber noch die Tatsache, dass mit Napoleon ein Kind dieser Revolution zum Eroberer und Unterdrücker anderer Völker geworden war. Während Preußen und die anderen an Frankreich angelehnten deutschen Teilstaaten mit Reformen von oben Anschluss an die neue Zeit suchten, gährte es im Volk. Der Wunsch, die französische Fremdherrschaft abzuschütteln und seine Freiheit zu erringen, begann es zu einen.

Schrittweise wurde die Bauernbefreiung in Angriff genommen, und Städte erhielten das Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Die Gewerbefreiheit löste mittelalterliche Zunftordnungen ab, Heeres- und Bildungsreformen nahmen das Volk in die Pflicht und entfesselten dessen Kräfte. Bürgerliches Selbstbewusstsein regte sich – wenn auch nur zaghaft. Viel stärker als der Wille zur inneren Erneuerung, der gar zu schnell wieder erlahmte, war indes etwas anderes: die Geburt eines Nationalgefühls, das alle Deutschen zu erfassen begann und zum Sieg in den Befreiungskriegen gegen Napoleons Armeen führte.



Preußens König Friedrich II. (»der Große«) verkörperte das, was man »aufgeklärten Absolutismus« nennt. Als »erster Diener seines Staates« führte der Monarch Preußen durch militärische Eroberungen in den Kreis der europäischen Großmächte.

Nach Frankreichs Niederlage schlossen die drei großen konservativen Mächte Russland, Österreich und Preußen auf dem Wiener Kongress 1815 eine »Heilige Allianz«, ein Bündnis gegen alle nationalen und freiheitlichen Bestrebungen. Ein Klima von Unterdrückung und Verfolgung legte sich über Europa. Doch was an den Machtverhältnissen gescheitert war, ließ sich aus den Köpfen der Menschen nicht wieder vertreiben: der Traum von Freiheit und Einheit aller Deutschen. Immer wieder brach sich dieser Wunsch liberaler Patrioten Bahn: auf dem Wartburgfest 1817 und, nach der Pariser Julirevolution 1830, beim Hambacher Fest zwei Jahre später.

1817, auf der Wartburg, war es vor allem die Jugend, das junge Deutschland, welches der nationalen und liberalen Sehnsucht eine Stimme verlieh. Zum Hambacher Fest 1832 versammelten sich Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, Bürger, Handwerker und auch Arbeiter, um unter schwarz-rot-goldenen Fahnen ein einiges und freies Deutschland zu fordern. 16 Jahre später, 1848, sprang der Funke der Revolution erneut von Frankreich über den Rhein.

Die Ordnungsmächte Österreich und Preußen versuchten jede Erhebung im Keim zu ersticken. Im Deutschen Bund, dem Dach, das Deutschland seit 1815 überwölbte, hatten sie das Sagen und die übrigen 33 Fürstenstaaten nicht viel zu melden. Preußen und Österreich zogen an einem Strang, wenn es darum ging, mit Hilfe von Polizei, Verhaftungen, Verboten von Zeitungen (Zensur), Vereinen und politischen Versammlungen die vorrevolutionäre Ordnung wiederherzustellen (Restauration). Aber es zeichnete sich ab, dass es auf lange Sicht um noch mehr ging, nämlich darum, wer die Geschicke Deutschlands letztendlich bestimmen sollte: Österreich oder Preußen. Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland hatte begonnen.

Mittlerweile hatte sich das Gesicht Europas grundlegend verändert. Ausgehend von Großbritannien breitete sich die industrielle Revolution aus und wälzte, Land für Land, sämtliche Lebensverhältnisse um. Ein neues Zeitalter, der Kapitalismus, zog herauf, verkörpert von den besitzenden Klassen, allen voran das Bürgertum. In seinem Schatten wuchs eine neue Unterschicht von mittellosen Arbeitern heran, die nichts zu

verkaufen hatten als ihre Arbeitskraft und deren Schicksal Armut war: das Proletariat.

Während im Winter und Frühjahr 1848 überall in Europa Unruhen ausbrachen und der Ruf nach bürgerlichen Freiheiten und nationaler Selbstbestimmung die Herrschenden aufschreckte, erschien in London das »Manifest der Kommunistischen Partei«. »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus«, schrieben seine Verfasser, die Deutschen Karl Marx und Friedrich Engels, und forderten: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

Die Autoren würdigten die bahnbrechende Rolle des Bürgertums bei der revolutionären Durchsetzung von Freiheit und Kapitalismus. Aber da die Geschichte immer eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei, warte nun das Proletariat auf seine Stunde, um in einer kommunistischen Revolution die kapitalistische Herrschaft zu stürzen und eine klassenlose Gesellschaft zu errichten. Denn der Arbeiter habe nichts zu verlieren als seine Ketten, die ihn an die Maschinen des Fabrikbesitzers fesselten.

Für die Besitzenden war es ein bedrohliches Gespenst, das im Revolutionsjahr 1848 am Horizont auftauchte – für die Arbeiter bedeutete es die Hoffnung auf eine Gesellschaft, »worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist« (Karl Marx). In jedem Fall aber hatte die soziale Frage, das Elend der Lohnarbeiter im Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts, zum ersten Mal eine politisch aufrüttelnde Antwort erhalten. Und in der Hand des vierten Standes sollten die Schriften von Marx und Engels zu einer mächtigen Waffe werden, die den Kampf um Einheit und Freiheit in Deutschland folgenreich begleiteten.

## 1848 – gescheiterte Hoffnungen

Zwischen Restauration und Revolution – es war dieser Zeitgeist der Zerrissenheit, der auch beim jungen Otto von Bismarck seine Spuren hinterließ. In seiner Jugend nahm er, wie viele andere auch, »deutsch-nationale Eindrücke« auf, und er



Das »Manifest der Kommunistischen Partei« von Karl Marx und Friedrich Engels, erschienen im Revolutionsjahr 1848, war trotz falscher Voraussagen eine der wirkungsmächtigsten politischen Schriften zum Verständnis des entfesselten Kapitalismus.

verließ die Schule mit der Überzeugung, »dass die Republik die vernünftigste Staatsform« sei. Das waren für einen Preußen adeliger Herkunft eher ungewöhnliche Ansichten. Denn der Staat Friedrichs II. war trotz der Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Militärmonarchie geblieben, die sich hauptsächlich auf eine Klasse von Großgrundbesitzern (Junker) östlich der Elbe stützte und in der das Volk aus braven Untertanen bestand. Recht und Gesetz waren in Preußen zwar mittlerweile für jedermann – auch den König – bindend; doch alles war auf die Interessen des grundbesitzenden Standes zugeschnitten und von den Ideen der deutschen Freiheits- und Einheitsbewegung Welten entfernt.

Auch die Bismarcks gehörten zu jener Schicht von Junkern, die das Gesicht Preußens über Jahrhunderte prägten und die in erster Linie darauf bedacht waren, ihre Vorrechte in Staat und Gesellschaft zu wahren. Otto von Bismarck entstammte einer altmärkischen Adelsfamilie. Er wurde am 1. April 1815 auf dem väterlichen Gut Schönhausen bei Magdeburg geboren. Dass Bismarck, anders als die meisten seiner Standesgenossen, in Jugendjahren für die Gedanken der liberalen und nationalen Patrioten empfänglich war, zeugte von einem eigenwilligen Charakter. Obwohl Junker durch und durch, war ihm die Engstirnigkeit seiner gutsherrschaftlichen Umgebung schon früh zuwider. Auch sonst entsprach der »tolle Bismarck«, wie ihn Bewunderer nannten, so ganz und gar nicht dem Bild des disziplinierten, strebsamen und tugendhaften Preußen. Ziellos verbummelte er seine Studienzeit, in der er durch Trinkfestigkeit, närrische Auftritte und Liebesabenteuer glänzte.

Doch mit den republikanischen Neigungen war es nicht weit her. Viel stärker schlugen in der Brust des Riesen mit dem merkwürdig kleinen runden Kopf und der Fistelstimme »preußisch-monarchische Gefühle« und seine »Sympathien blieben auf Seiten der Autorität«, wie Bismarck später in seinen Lebenserinnerungen schrieb. Die Herkunft setzte seinem geistigen Ausflug in die Freiheit erkennbar Grenzen. 1848, als die Revolution die Throne Europas ins Wanken brachte, sollte es sich zeigen.

Im Februar dieses Jahres hatte in Paris König Louis Philippe abgedankt. Frankreich wurde zur Republik. Kurz darauf



kommt es diesseits des Rheins zu Aufständen. In der Pfalz, in Hessen und in Baden gehen Liberale und Demokraten auf die Straße und demonstrieren für Einheit und Freiheit. Das Bürgertum erhebt sich gegen die alte Ordnung. Aber auch Handwerker, Bauern und Arbeiter, denen es wirtschaftlich schlecht geht, beteiligen sich. Gefordert werden Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie die Aufhebung der Zensur. Verfassungen sollen das Verhältnis von Fürsten und Volk neu ordnen, Adelsprivilegien abschaffen und mehr Mitsprache ermöglichen. Und überall ertönt der Ruf nach der Einberufung eines Nationalparlaments, einer Volksvertretung für alle Deutschen.

In Berlin erklärt sich König Friedrich Wilhelm IV. zu Zugeständnissen bereit. Er verspricht nicht nur eine Verfassung für Preußen, sondern auch einen deutschen Bundesstaat, ebenfalls mit einer Verfassung. Trotzdem kommt es zu Zusammenstößen zwischen Militär und Bevölkerung. Tausende demonstrieren und errichten Barrikaden, bei Straßenkämpfen gibt es über 250 Tote. Das Volk ist empört, der König weicht zurück und lässt die Truppen abziehen. Er sieht sich genötigt, den Opfern

In der Revolution von 1848 nahmen die Deutschen zum ersten Mal Anlauf, um in Einheit und Freiheit zu leben. Als sich das Volk erhob, wie etwa in Berlin, gaben die Herrschenden zunächst klein bei. Später wendete sich das Blatt.

vom 18./19. März 1848 die letzte Ehre zu erweisen und verneigt sich vor ihnen in aller Öffentlichkeit. Der Monarch zeigt sich kurz darauf dem Volk mit einer schwarz-rot-goldenen Schärpe, den Symbolfarben der deutschen Nationalbewegung für Einheit und Freiheit. Er verkündet: »Preußen geht fortan in Deutschland auf.«

Otto von Bismarck, der die dramatischen Vorgänge als Augenzeuge verfolgt, ist erschüttert. Er sieht sein geliebtes altes Preußen und die Monarchie am Rand des Abgrunds. Der Rittergutsbesitzer ist inzwischen Mitglied im Vereinigten Landtag, der preußischen Ständevertretung. Dort streitet der Adel für Preußen, den König, aber vor allem für die eigenen Interessen. Bismarck will den König mit Gewalt aus seiner Klemme befreien. Doch die Krone habe ja »selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen«, klagt er Friedrich Wilhelm IV. vor dem Landtag an. Ein Weinkrampf schüttelt den 32-Jährigen, als er die Rednertribüne verlässt.

Und die weitere Entwicklung schien seine schlimmsten Befürchtungen zunächst zu bestätigen. Überall in Deutschland entstanden politische Vereine, die Keimzellen späterer Parteien. In ihnen organisierten sich Bürger, Handwerker und Arbeiter, diskutierten über ihre Ziele und stellten Forderungen auf. Am weitesten wagten sich die Klubs der Republikaner und Demokraten vor, die von zahlreichen Arbeitern unterstützt wurden. Sie verlangten das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und einen demokratischen Verfassungsstaat in Deutschland. Das Volk sollte den Monarchen als obersten Herrscher – Souverän – ablösen. In einem Flugblatt der Demokraten aus Trier hieß es:

»Der freie Staat braucht freie Männer, weil er die Form des gesellschaftlichen Lebens derselben ist; eine Dynastie kann man beliebig auswechseln, da wird nur der Herr geändert, aber aus dem Untertanentum kann uns kein Machtgebot erlösen, da müssen wir uns erst selbst zu Staatsbürgern durch politische Bildung gemacht haben. Hierzu das Volk anzuleiten, diese Erziehung zur Freiheit anzubahnen und zu vollenden, das ist der eigentliche Beruf der politischen Vereine.«



Und in den Vereinen der Demokraten wurden auch erste Stimmen laut, die nach einem »Ausgleich des Missverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital« riefen. Das ging den gemäßigten Liberalen allerdings viel zu weit, bei denen diejenigen überwogen, die zwar auch für die Einheit Deutschlands und eine Verfassung (Konstitution) eintraten, an der Monarchie aber festhalten wollten.

Ungeachtet dieser Gegensätze beflügelte jedoch zunächst alle der Wunsch nach einer gesamtdeutschen Volksvertretung, die eine Verfassung für das ganze Land ausarbeiten sollte. Am 18. Mai 1848 war es endlich so weit. In der Frankfurter Paulskirche kam die Nationalversammlung zusammen, das erste freigewählte Parlament aller Deutschen. Aller Deutschen? Die Abgeordneten repräsentierten ihrer eigenen Herkunft nach überwiegend die gebildeten Schichten, was der Versammlung schon bald den Ruf eines »Professoren«-Parlaments eintrug. Unter den »Volks«-Vertretern gab es nur vier Handwerker und überhaupt keinen Arbeiter.

Vom Parlamentspräsidenten aus gesehen, den die Versammlung wählte, saßen die Demokraten links, die Liberalen in der Mitte und die Konservativen rechts. Daran knüpfte später die

Im ersten Parlament der Deutschen, der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, berieten die Abgeordneten im Frühjahr 1848 über eine Verfassung. Doch das Streben der Nationalbewegung nach Einheit in Freiheit zerbrach an den Machtverhältnissen.





Bezeichnung politischer Parteien als links oder rechts an. Die Abgeordneten, darunter viele Rechtsanwälte, höhere Verwaltungsbeamte und Universitätsprofessoren, berieten lange über eine Verfassung, die Gestalt des künftigen Deutschland und einen Katalog von »Grundrechten des deutschen Volkes«.

Schließlich einigte man sich gegen den Widerstand der Anhänger einer demokratischen Republik auf ein Erbkaisertum an der Spitze des Reiches. Nach der Lehre der Gewaltenteilung sollte der Monarch mit seinen Ministern regieren (Exekutive) und ein Reichstag mit zwei Kammern, einer von Männern gewählten Volksvertretung und einem Staatenhaus für die deutschen Länder, die Gesetze beraten und beschließen (Legislative).

Wo aber fing nach Ansicht der Verfassungsväter in der Frankfurter Paulskirche Deutschland an, wo hörte es auf? Viele wünschten sich eine großdeutsche Lösung unter Einschluss der deutschsprachigen Gebiete Österreichs – nicht zuletzt als Gegengewicht zum mächtigen Preußen. Doch Österreich war ein Vielvölkerstaat und wollte nur als Ganzes dem neu zu schaffenden Reich beitreten. Konnte dies das Ziel der deutschen Nationalbewegung sein? Nein, und so entschied sich die Mehrheit der Paulskirchen-Parlamentarier für die kleindeutsche Lösung, also für ein Deutschland, das Preußen und jene zahlreichen kleinen Staaten umschloss, die seit 1815 lose im Deutschen Bund zusammengefasst waren – aber nun ohne Österreich.

Ende 1848 verabschiedete die Nationalversammlung die »Grundrechte des deutschen Volkes«. Zum ersten Mal in der Geschichte fanden in einer Verfassung für alle Deutschen Freiheitsrechte ihren Niederschlag, wie sie bereits in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und in der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution von 1789 formuliert worden waren. Sie betrafen die Freiheit und Unverletzlichkeit der Person, die Meinungsfreiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit. Garantiert werden sollten ferner die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Bewegungsfreiheit innerhalb des Reichsgebietes, Berufsfreiheit und der Schutz des Eigentums.

Was die Verfassungsväter in Frankfurt ersonnen hatten, war

eine lange Wunschliste. Wäre sie Wirklichkeit geworden, hätte die Demokratie in Deutschland eine frühe Chance erhalten, so wie in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Länder waren allerdings längst geeint, Freiheitsrechte wurden nach und nach durchgesetzt. Und wie sah es in Deutschland aus?

Zersplittert in eine Vielzahl von Einzelstaaten, kamen nur zwei Großmächte in Frage, die Forderungen der Nationalversammlung zu erfüllen: Preußen und Österreich, die unter dem Dach des Deutschen Bundes miteinander um Macht und Einfluss in Deutschland rivalisierten. Mittlerweile dachte indes keiner von beiden mehr daran, das Programm der Frankfurter Verfassungsväter in die Tat umzusetzen. Denn der Wind hatte sich längst gedreht. Radikalere Strömungen außerhalb der Paulskirche schreckten mit neuen Aufstandsversuchen und Parolen für soziale Gleichheit und für eine deutsche Republik die Herrschenden auf und entzweiten Liberale und Demokraten immer mehr.

Zwar pilgerten die ehrenwerten Frankfurter Herren – ohne Heer und Autorität zur Machtlosigkeit verdammt – noch brav zum König von Preußen, um ihm die Kaiserkrone für Deutschland anzudienen. Doch die »Schweinekrone«, das »Hundehalsband« aus den Händen des Volkes anzunehmen, war unter der Würde Seiner Majestät. Längst hatten sich die deutschen Fürsten und Könige vom ersten Schock der Revolution erholt. Mit dem Schlachtruf »Gegen Demokraten helfen nur Soldaten« beendeten sie die Aufstände gewaltsam und ließen die Reste der Nationalversammlung auseinanderjagen.

Jäh erwachten die deutschen Patrioten aus ihrem Traum von der Einheit des Vaterlandes in Freiheit. Viele Menschen wurden verhaftet, Hunderttausende wanderten in den folgenden Jahren aus, die meisten von ihnen nach Amerika. Aber wer sich über die Landkarte Europas beugte, musste erkennen, dass die deutsche Frage nicht mehr aus den Köpfen zu verbannen war. Ahnungsvoll wettete einer 25 Flaschen Champagner darauf, dass die deutsche Einheit in nicht allzu ferner Zukunft kommen werde: der königstreue Gutsherr Otto von Bismarck.

## Mit »Eisen und Blut«

Über ein Jahrzehnt später steckte der König von Preußen wieder in einer Zwickmühle. Er hieß jetzt Wilhelm I. und war Bruder und Thronfolger des 1861 gestorbenen Königs Friedrich Wilhelm IV. Der Monarch brauchte mehr Geld, um sein Heer zu vergrößern und zu modernisieren. Dazu benötigte er die Zustimmung des preußischen Abgeordnetenhauses, in der die besitzenden Stände den Ton angaben. Trotz der Niederlage der Revolutionäre von 1848 konnte auch der König von Preußen längst nicht mehr so frei schalten und walten wie noch in früheren Zeiten. Er musste die Interessen des Adels und des aufstrebenden Bürgertums berücksichtigen, das mit seinen Unternehmen und Fabriken wirtschaftlich an Einfluss gewann. Die industrielle Revolution hatte – mit beträchtlicher Verspätung – Preußen und das übrige Deutschland erfasst und gewann schnell an Fahrt.

Auf die Revolution von 1848 hatte König Friedrich Wilhelm IV. in Preußen mit einer Verfassung »von oben« reagiert. Weit entfernt von den liberalen und demokratischen Ideen der Zeit, sah sie aber immerhin eine Mitwirkung des Abgeordnetenhauses bei den Einnahmen und Ausgaben der Regierung vor (Budgetrecht). Von einer Volksvertretung im eigentlichen Sinn konnte allerdings nicht die Rede sein. Denn gewählt wurde das Abgeordnetenhaus nach dem Dreiklassen-Wahlrecht, das denjenigen die meisten Stimmen einräumte, welche die höchsten Steuern zahlten. Zwangsläufig musste das die begüterten Schichten unverhältnismäßig begünstigen, die sich mit Hilfe des »Geldsack-Wahlrechts« jederzeit ihrer Mehrheit gewiss sein konnten. Dafür, dass nichts gegen und ohne die Junker, die landbesitzende Stütze der Monarchie, entschieden werden konnte, sorgte das preußische Herrenhaus, das ausschließlich dem Adel und den Prinzen der königlichen Familie vorbehalten war.

Doch die Parlamentarier ließen mit sich nicht mehr so umspringen, wie das preußische Könige von ihren Untertanen zumeist gewohnt waren. Die liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus wollte Wilhelm I. nur dann mehr Geld für seine Heeresreform bewilligen, wenn der König die Dienstzeit im Mili-

tär verkürzte und die Rolle der in bürgerlichen Kreisen geschätzten Landwehr nicht beschnitt. Das empfand Wilhelm als unverschämt, denn über das Heer hatte nach seiner Ansicht in Preußen allein die Krone zu bestimmen. Keine Seite war bereit nachzugeben und der König dachte bereits an Rücktritt. Da wurde ihm ein Diplomat empfohlen, der seit der Revolution von 1848 dafür bekannt war, dass er die preußische Monarchie auf Biegen und Brechen verteidigen würde: Otto von Bismarck.

Ganz wohl war Wilhelm nicht, als er sich im Herbst 1862 entschloss, den Gesandten Preußens in Paris zum Ministerpräsidenten und Außenminister zu berufen. Denn der Junker Bismarck galt vielen als Mann von gestern, dem jedes Mittel recht war, um seine Ziele durchzusetzen. »Ein Abenteurer« sei er, meinte der Publizist August Ludwig von Rochau, »der schärfste und letzte Bolzen der Reaktion von Gottes Gnaden«.

Bismarck hatte lange auf diesen Moment gewartet. Seit Jahren wirkte er daran, Preußens Stellung in Deutschland auf Kosten Österreichs zu stärken. Nun bot sich dem wegen seines scharfen Verstandes geschätzten, aber auch gefürchteten Haudenegen endlich die Gelegenheit, seinem Ehrgeiz freien Lauf zu lassen. Und der neue Ministerpräsident war sofort bereit, auch ohne die Zustimmung der Abgeordneten zum Haushalt zu regieren. Diese Missachtung der Rechte des Parlaments war ein glatter Verfassungsbruch. Doch Bismarck scherte das wenig, und er machte den Abgeordneten unmissverständlich klar, woran sie bei ihm waren: »Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland«, verkündete er ihnen. Denn »nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden [...], sondern durch Eisen und Blut.«

Bismarck hatte Wilhelm I. dargelegt, dass sich das königliche Regiment gegen die Gefahr der Parlamentsherrschaft behaupten müsse: »Wenn es anders nicht geht, auch durch eine Diktatur.« Was für die Innenpolitik gut war, sollte auch die Außenpolitik bestimmen: Macht vor Recht. Die Öffentlichkeit war empört, und dem Ministerpräsidenten war klar, dass er rasch Erfolge brauchte, wenn er sein Amt nicht schon bald wieder verlieren wollte. Der Zufall kam ihm zu Hilfe, als Däne-

mark versuchte, sich sein mehrheitlich von Deutschen bewohntes Herzogtum Schleswig einzuverleiben. Ein Sturm der Entrüstung ging durch Deutschland, der Deutsche Bund, mit Österreich und Preußen als den beiden stärksten Mächten, schaltete sich ein. Die beiden Rivalen um die Vorherrschaft in Deutschland taten sich zusammen und stellten Dänemark ein Ultimatum: Die Dänen sollten die Hände von Schleswig lassen, sonst würden Preußen und Österreich militärisch eingreifen.

Kopenhagen wies das Ultimatum zurück und in einem gemeinsamen Feldzug besiegten preußische und österreichische Truppen im Frühjahr und Sommer 1864 das Land zwischen Nord- und Ostsee. Anschließend kam Schleswig unter preußische, das bis dahin ebenfalls dänische Herzogtum Holstein unter österreichische Verwaltung. Bismarck war es gelungen, die anderen europäischen Großmächte aus dem Konflikt herauszuhalten. Und er hatte Österreich auf seine Seite gezogen und nach Norden gelockt. Doch auf Dauer konnte das nicht gut gehen, denn Holstein, Wiens ferne Kriegsbeute, wirkte wie ein Fremdkörper in Preußens Einflussgebiet.

Bismarck wusste das, und er schürte die sich anbahnende gewaltsame Auseinandersetzung mit dem deutschen Bruderstaat nach Kräften. Dabei machte er sich die Sehnsucht vieler nach einem Deutschen Reich zunutze. Wäre Österreich erst einmal zurückgedrängt, stünde einer Lösung der deutschen Frage unter preußischer Führung nichts mehr im Wege. Es ging ihm um Preußens Stellung als Großmacht, der Wunsch liberaler Kräfte nach nationaler Einheit diente dem Ministerpräsidenten von Königs Gnaden nur als Mittel zum Zweck. Und so spielte Bismarck auch mit der Hoffnung auf demokratische Reformen, um Österreich zu isolieren. Er forderte die Einberufung eines nach dem allgemeinen Stimmrecht direkt gewählten gesamtdeutschen Parlaments, das die Beziehungen zwischen den Staaten im Deutschen Bund neu regeln sollte. Der König rief entsetzt aus: »Aber das ist ja die Revolution!« Bismarck entgegnete: »Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen, als erleiden.«

Bismarcks frühere Freunde schüttelten den Kopf. War aus dem einstigen bedingungslosen Verfechter königlicher und junkerlicher Macht über Nacht ein Demokrat im Geist von



1848 geworden? Der erste Diener Wilhelms I. erkannte, dass sein Schicksal auf Messers Schneide stand: »Ich spiele um meinen Kopf, aber ich werde bis ans Ende gehen, und müsste ich ihn bis aufs Schafott tragen.« Im Juni 1866 begann der Krieg zwischen Preußen und Österreich, den Bismarck vom Zaun gebrochen hatte und der die politische Landkarte Mitteleuropas vollkommen neu ordnete – mit Folgen bis in unsere Tage.

In der Schlacht bei Königgrätz entschied Preußen den Waffengang für sich, obwohl nicht viele auf einen Sieg der Armee Wilhelms I. gesetzt hatten. Und er war teuer erkaufte: 44 000 Männer fielen auf österreichischer, 9200 auf preußischer Seite. Insgesamt waren an dieser größten Einzelschlacht vor dem Ersten Weltkrieg fast eine halbe Million Soldaten beteiligt. Und erneut nutzte Bismarck die Gunst der Stunde, indem er die übrigen europäischen Großmächte Frankreich, England und Russland mit viel Geschick davon abhielt, in die innerdeutschen Angelegenheiten einzugreifen. Jene sahen sich nach dem unerwartet kurzen und für Preußen erfolgreichen Krieg vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Hohenzollern-Monarchie hatte den Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Deutschland gewonnen.

Preußen nahm Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt am Main und Schleswig-Holstein in Besitz. Es dehnte sich nach Westen bis zum Main aus und beherrschte praktisch ganz

Die Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866 besiegelte Preußens Vorherrschaft in Deutschland. Dieser Sieg war nicht zuletzt der Militärtechnik zu verdanken. Die preußischen Zündnadelgewehre waren den österreichischen Vorderladern an Feuerkraft deutlich überlegen.

Norddeutschland. Mit einem Schlag zeichneten sich die Umrisse eines kleindeutschen Reichs unter preußischer Führung ab. Bismarck schonte Österreich und schloss mit den süddeutschen Staaten, die Wien unterstützt hatten, Beistandsverträge ab. Das war weitsichtig, denn westlich des Rheins, in Frankreich, war man über die Machtverschiebungen in Europa zunehmend beunruhigt.

Der Deutsche Bund wurde aufgelöst, Österreich verlor seinen Einfluss in Deutschland. Der Vielvölkerstaat suchte einen Ausgleich mit seiner ungarischen Reichshälfte und verband sich, 1867, zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Bismarck gründete den Norddeutschen Bund, dem 21 Staaten angehörten. Die große Mitgliederzahl konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur einer Herr im Haus war: Preußen, das vier Fünftel des Bundesgebietes umfasste. Dies sei wie das Bündnis eines Hundes mit seinen Flöhen, machte sich ein hessischer Minister darüber lustig. Das war aber nicht alles. Eine neue Verfassung sah eine gemeinsame Volksvertretung vor. Dieser Reichstag sollte allgemein, gleich, direkt und geheim gewählt werden. Eine Einschränkung gab es allerdings: Frauen waren zur Wahl nicht zugelassen. Dennoch kamen die von Bismarck durch den Krieg auf den Weg gebrachten Veränderungen einer Revolution gleich: Bedenkenlos hatte er sich über die Ansprüche der Fürstenhäuser in den Preußen einverleibten Gebieten hinweggesetzt und damit die Voraussetzungen für einen deutschen Einheitsstaat geschaffen. Und mit dem neuen Wahlrecht für den Reichstag hatte er eine Idee der Demokraten von 1848 Wirklichkeit werden lassen; dabei hoffte er freilich auf konservative Mehrheiten.

Einheit und Freiheit Deutschlands wurden 1848 in der Revolution von unten nicht verwirklicht. Nicht ganz zwanzig Jahre später kam Otto von Bismarck mit einer »Revolution von oben«, die Preußens Militärmacht zu verdanken war, der Einheit ein gutes Stück näher. Endlich »stehen wir vor der Möglichkeit, einen deutschen *Nationalstaat* zu errichten«, jubelte die liberale Presse. »Wir können deutscher sein, als es unseren Vorfahren vergönnt war.«

Die Vollendung der deutschen Einheit, das war das nächste Ziel. Die Freiheit wurde vertagt. Wäre die Nation erst einmal

geeint, würde man weitersehen. Die Liberalen gingen vor Bismarck in die Knie. »Wir dürfen niemanden tadeln«, so eine von vielen Stimmen, »wenn er jetzt die Frage der Macht in den Vordergrund stellt und meint, dass die Fragen der Freiheit warten können.« Bismarck spürte, wie die öffentliche Stimmung in den tonangebenden bürgerlichen Kreisen zu seinen Gunsten umgeschlagen war, und er suchte das Bündnis mit der nationalen Bewegung.

Jahrelang hatte der vom König ernannte Ministerpräsident fast wie ein Diktator regiert. Nun bat er im preußischen Abgeordnetenhaus um nachträgliche Zustimmung zu seiner Politik und erhielt eine Mehrheit. Das war ein geschickter Schachzug, weil er Freunde und Gegner verwirrte: War der Gutsherr aus Schönhausen noch ein treuer Gefolgsmann seines Königs oder schon ein Revolutionär, der in Deutschland keinen Stein mehr auf dem anderen ließ? Bismarck freute das. Er wollte sich gar nicht in die Karten blicken lassen und wartete auf die nächste Gelegenheit, Preußens Ruhm zu mehren.

Erst einmal jedoch wuchs der Norddeutsche Bund enger zusammen. Überall galten nun Gewerbe-, Handels und Niederlassungsfreiheit. Was mit dem Deutschen Zollverein 1834 begonnen hatte – der Abbau von Zollschränken und die Entwicklung zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum – fand nun seinen Abschluss. Die öffentlichen Verwaltungen, Recht und Justiz, das Schul- und Bildungswesen wurden nach preußischem Vorbild angepasst. Diese Veränderungen lösten einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung aus. Das konnte nicht ohne Folgen für das Verhältnis zu den Nachbarstaaten bleiben.

Als Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes ging Bismarck davon aus, dass die Verwirklichung der deutschen Einheit unter Einschluss der süddeutschen Staaten nur eine Frage der Zeit war. So sah man das auch in Frankreich, der alten Vormacht auf dem europäischen Festland, und war alarmiert. Ein mächtiges Deutsches Reich unter Führung der kriegserprobten Preußen an Frankreichs Ostgrenze: dieser Albtraum suchte Kaiser Napoleon III. immer häufiger heim. Ein Krieg, so schien es, rückte unaufhaltsam näher.

Napoleons unsichere Lage werde ihn in etwa zwei Jahren zum Kriege treiben, hatte Bismarck 1868 vorausgesagt. 1870



war es tatsächlich so weit. Allerdings schürte er auch diesmal wieder den Konflikt nach Kräften. Anlass war der Streit um die spanische Thronfolge. Spanien wünschte sich einen Hohenzollern als neuen König. Frankreich, dem die preußische Krone schon in Deutschland zu mächtig war, protestierte. Wilhelm I. lenkt zunächst ein. Als aber der französische Gesandte in einer persönlichen Unterredung von ihm verlangt, dass die Hohenzollern für alle Zeiten auf den spanischen Thron verzichten sollten, lehnt der preußische König das ab.

Bismarck erhält ein Telegramm mit der Schilderung des Gesprächs – es ging als »Emser Depesche« in die Geschichte ein. Durch einige Kürzungen im Text verschärft Bismarck die Gegensätze und leitet die korrigierte Fassung an die Presse weiter. Nach der Veröffentlichung herrscht helle Empörung in Frankreich und Deutschland. Für Kaiser Napoleon III. steht die Ehre seiner Nation auf dem Spiel. Am 19. Juli 1870 erklärt Frankreich Preußen den Krieg – Bismarcks Spiel war aufgegangen.

Ein riskantes Spiel allerdings. Denn wie 1866 stand Preußen als Gewinner keineswegs fest. Zwar eilten die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund sofort zu Hilfe, und ein Sturm nationaler Begeisterung erfasste alle, die in diesem Krieg die Gelegenheit sahen, die deutsche Einheit zu vollenden. Aber die französische Armee verfügte über die besseren Waffen. Dem raschen Aufmarsch der verbündeten preußisch-deutschen Truppen war es zu verdanken, dass Frankreich dem Angriff aus dem Osten nicht standhalten konnte.

In der Schlacht bei Sedan Anfang September 1870, gerade einmal sechs Wochen nach Kriegsausbruch, wurde die Niederlage des Kaiserreichs besiegelt. Napoleon III. ging in Gefangenschaft und Frankreich brach zusammen, während der Sieger Bismarck in den folgenden Monaten alle Hebel in Bewegung setzte, um aus seinem König den Kaiser des neuen Deutschen Reichs zu machen. Am 18. Januar 1871, im Spiegelsaal von Versailles, war es so weit – auf den Tag genau 170 Jahre, nachdem sich Preußens erster König, Friedrich I., selbst gekrönt hatte. Den Preis für den feierlichen Akt der hohen Herren hatten allerdings 189 000 Franzosen und Deutsche auf den Schlachtfeldern mit ihrem Leben bezahlen müssen.

## II. Die Deutschen und ihr Kaiserreich

### Eine Verfassung für das Volk?

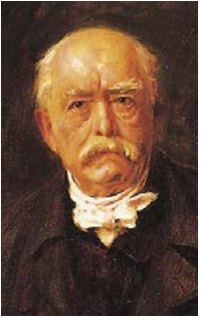
Nun waren die Deutschen unter einem Dach geeint. 41,6 Millionen Menschen lebten Anfang der Siebzigerjahre in den Grenzen des neuen Reichs, das nach dem Krieg gegen Frankreich auch die süddeutschen Staaten einschloss. Es reichte von der Nordsee bis zu den Alpen und umfasste in ost-westlicher Richtung Städte wie Königsberg und Köln. Dabei gehörten zwei Drittel des gesamten Staatsgebiets und der Bevölkerung zu Preußen. Innerhalb weniger Jahre war in der Mitte Europas eine Großmacht entstanden – der Traum der nationalen Bewegung schien in Erfüllung gegangen zu sein.

Wirklich? Gewiss, die Einheit war das lang ersehnte Ziel gewesen. Aber bedrohte das auf drei Kriegen gegründete Reich nicht die alte Staatenordnung auf dem Kontinent? Und wie stand es um die Freiheit, die zweite große Hoffnung, für die 1848 so viele gekämpft hatten?

Auch die Verfassung, die der preußische Staatsmann Otto von Bismarck dem Reich verpasste, kam von oben und war in



Der Sieg der preußisch-deutschen Truppen über Frankreich und die Entstehung des Deutschen Reichs 1871 veränderten auf einen Schlag die europäische Landkarte. Der britische Politiker Disraeli erblickte darin eine Revolution, die das Gleichgewicht der Macht auf dem Kontinent zerstört habe.



Der Reichsgründer Otto von Bismarck (1815–1898), Revolutionär und Reaktionär in einem. Mit »Eisen und Blut« löste er die deutsche Frage. Ein Einheitskanzler, der sich gegen Demokratie und Freiheit stemmte.

vielen auf ihn selbst zugeschnitten. Sie übernahm das meiste, was bereits im Norddeutschen Bund galt. An erster Stelle das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Reichstag, dem gesamtdeutschen Parlament. Doch Macht und Einfluss der Abgeordneten im neuen Staat waren stark beschränkt. Immerhin übten sie das Budgetrecht aus und wirkten an der Gesetzgebung mit. Was freilich entscheidend war: Sie konnten die Regierung nicht zur Verantwortung ziehen oder gar zum Rücktritt zwingen. Grundrechte, wie sie der Verfassungsentwurf von 1848 vorgesehen hatte, fehlten ganz. Den Verfassungen der Einzelstaaten blieb es überlassen, sie aufzuführen.

Hinzu kam, dass im Gesamtgefüge Preußen eine überraschende Stellung einnahm – nicht zuletzt durch Bismarck selbst. Der preußische Ministerpräsident und Außenminister stand nun als Reichskanzler an der Spitze Deutschlands, nur der Kaiser, zu dem er immer Zugang hatte, war ihm übergeordnet. Und so manches Mal gerieten die beiden Männer aneinander. »Es ist nicht leicht, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein«, soll sich Wilhelm I. beschwert haben.

Als militärischer Oberbefehlshaber entschied der Monarch über Krieg und Frieden, ohne den Reichstag dazu befragen zu müssen. Im Bundesrat, eine an den Deutschen Bund erinnernde Interessenvertretung der 25 Einzelstaaten, bestimmte Preußen als Führungsmacht, wo es langging – wie ehemals, nur jetzt ohne Österreich. Der Zweck war klar: Der Bundesrat sollte als Gegengewicht zum Reichstag dem frei gewählten Parlament Zügel anlegen. Und im preußischen Abgeordnetenhaus blieb ohnedies alles beim Alten. Am Dreiklassen-Wahlrecht wurde nicht gerüttelt, mit der Folge, dass die soziale Vormachtstellung der Junkerkaste gewahrt blieb.

Bismarcks Deutschland war also weder eine Republik wie Frankreich noch eine parlamentarische Monarchie wie England mit einer der Volksvertretung verantwortlichen Regierung. Das Deutsche Reich war vielmehr eine konstitutionelle Monarchie, die sich auf einen autoritären und militärisch geprägten Obrigkeitsstaat stützte. Im Verständnis Bismarcks handelte es sich bei diesem Bundesstaat im Grunde um einen »Bund der Fürsten und Freien Städte«, der nicht auf der Volks-

souveränität, der Herrschaft des Volkes, beruhte, sondern auf jederzeit kündbaren Vereinbarungen zwischen Landesherren. Deshalb war es auch ein König, Ludwig II. von Bayern, den Bismarck mit Geld bestach, damit er Wilhelm I. in Versailles die Kaiserwürde antragen ließ, denn »von Bäckers und Metzgers Gnaden« (Wilhelm I.) wollte Seine Majestät sie nicht haben.

So ausgeklügelt das alles war, Bismarck hatte die Rechnung ohne das Volk gemacht. Vom allgemeinen Wahlrecht erwartete er, dass »die Massen zum Königtum« stehen würden. Doch mit den Jahren kam es zu seinem Verdruss ganz anders. Und auch über die Auswirkungen des Friedensvertrags mit Frankreich, der am 10. Mai 1871 geschlossen wurde, täuschte er sich. War Österreich 1866 großmütig behandelt worden, fügte man Frankreich fünf Jahre später eine tiefe Wunde zu. Im Gleichklang mit der militärischen Führung und der öffentlichen Meinung unterstützte Bismarck die Forderung, dass Frankreich die Ostprovinzen Elsass und Lothringen an Deutschland abtreten müsse. Neben der Kaiserproklamation auf ihrem Boden eine noch weiter reichende Verletzung der »Grande Nation«, die auf Revanche für Sedan sann. Eroberung statt Mäßigung und Versöhnung bei der Taufe des Deutschen Reichs: diese außenpolitische Entscheidung sollte das Verhältnis zum westlichen Nachbarn in den folgenden Jahrzehnten schwer belasten. Zu spät erst ging Bismarck auf, dass er damit einen seiner »größten politischen Fehler« begangen hatte.

## Gründerjahre

Erst einmal aber sonnten sich die meisten Deutschen im Glanz ihres durch militärische Triumphe gewonnenen Reichs. Der Sieg über Frankreich und die erreichte Einheit verliehen der Wirtschaft mächtig Auftrieb. Der Verlierer musste fünf Milliarden Goldfranc Kriegsentschädigungen (Reparationen) zahlen, obgleich in Deutschland überhaupt nichts zerstört worden war. Dieses Geld kurbelte Investitionen an, neue Unternehmen entstanden, alte weiteten ihre Produktion aus. Aktiengesellschaften schossen über Nacht wie Pilze aus dem Boden,

Spekulationsfieber erfasste die Menschen. Ein Wirtschaftsführer hatte den Eindruck, dass sich die ganze Nation »in eine riesenhafte Aktiengesellschaft verwandeln« würde.

Weit verbreitet war der Glaube, an der Börse ganz schnell – und ohne Arbeit – reich werden zu können. Ein Zeitzeuge erinnerte sich später: »Und alle, alle flogen sie ans Licht, und alle tanzten mit in dieser Hetzgaloppade um das angebetete goldene Kalb: der gewitzte Kapitalist und der unerfahrene Kleinbürger, der General und der Kellner, die Dame von Welt, die arme Klavierlehrerin und die Marktfrau.« Neureiche ließen die Champagnerkorken knallen, und es entwickelte sich ein Klima von Protzsucht und Überheblichkeit, das bereits bei den Siegesfeiern für die deutsche Einheit zu spüren gewesen war. Nur wenige hatten einen Blick dafür, dass in den Arbeitervierteln der großen Industriestädte, wie etwa in der Reichshauptstadt Berlin, Armut und Elend zunahmen. Durch Mietwucher vertrieben, hausten viele Menschen in grauen Wohnblocks auf engstem Raum, geplagt von Krankheit und Geldnot.

Doch der »Tanz ums goldene Kalb« hielt nicht ewig an. Ein Börsensturz im Oktober 1873 löste eine Kette von Pleiten und Konkursen bei Banken und Unternehmen aus. So schnell der scheinbare Reichtum gewonnen war, so schnell zerrann er auch. »Krach! Krach!«, schilderte ein Beobachter die Erschütterung, »und durch ganz Deutschland hallte es, dieses kleine zermalmende Wort.« Während viele ihr Vermögen einbüßten, verloren andere ihren Arbeitsplatz. Der Börsenkrach von 1873 wirkte lange nach. Weniger in der Wirtschaft, die sich nach einigen Jahren allmählich erholte, dafür aber in Politik und Gesellschaft.

Schuldige für den plötzlichen Zusammenbruch wurden gesucht. Ins Kreuzfeuer öffentlicher Anklagen geriet vor allem eine Gruppe von Menschen, die schon seit dem Mittelalter immer wieder als Sündenbock hatte herhalten müssen: die Juden. Antisemitismus breitete sich aus. Die »Judenherrschaft«, gif-teten dessen Wortführer, sei für den »Börsen- und Gründungsschwindel« verantwortlich. Diejenigen, die mit der rasanten Entwicklung der Wirtschaft nicht mehr mitkamen, beeindruckten solche einfachen Hetzparolen, weil sie ein Feindbild für die Missstände boten.

An der Verschlechterung des sozialen Klimas war Reichskanzler Otto von Bismarck keineswegs unschuldig. Seit 1866 regierte er mit Unterstützung der nationalliberalen Partei, die sich nach dem Sieg Preußens über Österreich gebildet hatte. In ihr hatten sich jene Vertreter aus Industrie und Bürgertum zusammengeschlossen, denen die Einheit Deutschlands wichtiger war als die Durchsetzung freiheitlicher Ziele. Eine Minderheit, die an den liberalen Vorstellungen der Revolution von 1848 festhielt, gründete deshalb die Fortschrittspartei. Sie und zunächst auch die preußischen Konservativen, die in Bismarck einen Zerstörer des Alten sahen, standen in der Opposition.

Und dann war da noch das Zentrum, die politische Partei der Katholiken, welche seit der Reichseinigung gegenüber den Protestanten in die Minderheit geraten waren. In Deutschland, dem Land des Reformators Martin Luther und der Glaubensspaltung, hatten sich die Gegensätze zwischen den Konfessionen über Jahrhunderte ausgeprägt. Die vorwiegend katholischen Regionen blickten mit Misstrauen auf das protestantische Preußen und dessen Machtentfaltung. In dem nach der Mitte der parlamentarischen Sitzordnung benannten Zentrum suchte die katholische Bevölkerung im neuen Reich eine politische Heimat.

Sie verband der gemeinsame Glaube, und, mindestens ebenso wichtig, die Mitglieder des Zentrums kamen – anders als bei den übrigen Parteien – aus allen Schichten der Gesellschaft. Nicht der Kaiser, sondern der Papst in Rom galt den Katholiken als höchste Autorität. Deshalb war das Zentrum nicht bereit, sich Bismarcks Herrschaftsanspruch widerspruchslos zu beugen. In dieser Partei verkörperte sich für den kaisertreuen Kanzler das, was er am meisten fürchtete: eine von allen Schichten des Volkes getragene Bewegung, die mit politischen und sozialen Forderungen die monarchische Staatsordnung bedrohte.

Nachdem das Zentrum in den ersten Reichstagswahlen 1871 auf Anhieb zur zweitstärksten Kraft geworden war, begann Bismarck deshalb einen langjährigen »Kulturkampf« gegen die sogenannten Reichsfeinde. Bischöfe und Priester wurden verfolgt und ins Gefängnis geworfen, kirchliche Zeitungen beschlagnahmt und katholische Versammlungen von der Polizei

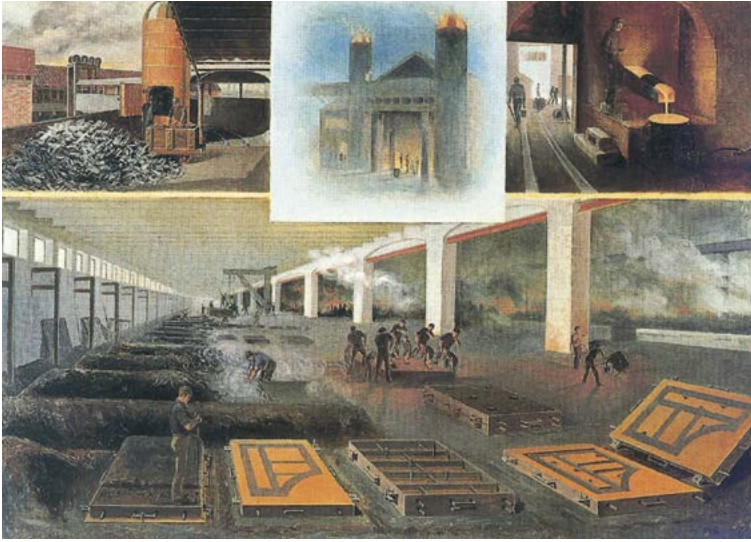
gewaltsam aufgelöst. Kurz: Die Glaubensfreiheit wurde mit Füßen getreten.

Doch Bismarck hatte sich verrechnet und die Widerstandskraft der Katholiken unterschätzt. Sie solidarisierten sich und von Wahl zu Wahl gewann das Zentrum mehr Stimmen hinzu. Bismarck erkannte schließlich, dass die Unterdrückung das Gegenteil von dem bewirkte, was er bezweckt hatte. Nach und nach lenkte er ein. Der Versuch aber, eine ganze Bevölkerungsgruppe auszugrenzen, schlug tiefe Wunden, die Jahrzehnte nachwirken sollten. Man muss allerdings auch erwähnen, dass zwei Folgen des »Kulturkampfes« Deutschland im Hinblick auf die Trennung von Staat und Kirche moderner machten: Die zivile Trauung wurde eingeführt und der Staat hatte seitdem allein die Aufsicht über die Schulen.

Aus einem noch ganz anderen Grund erschien es Bismarck ratsam, den Streit mit dem Zentrum beizulegen. Er war am Ende der siebziger Jahre auf der Suche nach einer neuen Regierungsmehrheit im Reichstag, die allen Bestrebungen einer weiteren Parlamentarisierung und Liberalisierung Deutschlands trotzen sollte. Und er hatte längst neue »Reichsfeinde« ausgemacht, die ihm bis ans Ende seiner Tage schlaflose Nächte bereiteten: die Arbeiterbewegung und ihre politische Vertretung.

## Bismarck und die Sozialdemokratie

Die seit den Fünfzigerjahren auch in Preußen und anderen Teilen Deutschlands spürbar einsetzende industrielle Revolution verschärfte die soziale Lage der ohnehin armen Unterschichten. Der aufkommende Kapitalismus mit seiner maschinellen, arbeitsteiligen Produktionsweise beraubte immer mehr kleine Handwerker, Landarbeiter und Kleinbauern ihrer Existenzgrundlagen. Massenhaft strömten sie in die Fabriken der Industriestädte, um sich dort für Hungerlöhne zu verdingen. Zum Leben reichte es vorne und hinten nicht, sodass selbst Kinder – bei Arbeitstagen bis zu 14 Stunden – zum Unterhalt beitragen mussten. Ausbeutung, Elend und Krankheiten nahmen dramatisch zu. Die Prophezeiung von Karl Marx und Friedrich Engels, den Verfassern des »Kommunistischen Manifests«, schien



Mit einiger Verspätung erfasste die Industrialisierung Preußen und das übrige Deutschland. Eine stürmische Aufholjagd begann. Die Eisengewinnung – wie in dieser Gießerei – wurde zu einem der tragenden Pfeiler für die Entwicklung der Schwerindustrie und des Maschinenbaus.

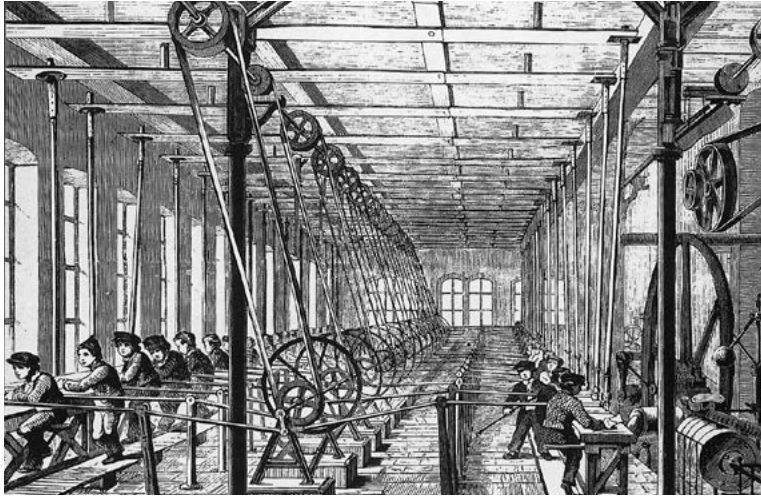
einzutreffen: Die Gesellschaft spaltete sich in unversöhnliche Klassen. Auf der einen Seite der grundbesitzende Adel und die über Produktionsmittel verfügenden Fabrikherren des Bürgertums (Bourgeoisie), auf der anderen Seite das wachsende Heer des lohnabhängigen Proletariats.

Durch Selbsthilfe in Genossenschaften und Konsumvereinen versuchten die Arbeiter auszugleichen, was der Staat und die bürgerliche Gesellschaft versäumten, um die ärgste Not zu lindern. Aus diesen Erfahrungen von Solidarität erwuchs nach und nach das Bewusstsein einer gemeinsamen Klassenlage, die nur zu verändern war, wenn man sich zusammenschloss, um wirksam für die eigenen Interessen zu kämpfen. Erste Arbeitervereine waren schon in der Revolution von 1848 aufgetreten – noch ohne großes Echo. Und den Anfängen gewerkschaftlicher Organisation, die in der »Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung« mündeten, machten die deutschen Bundesstaaten nach 1848 rasch ein Ende.

Erst Mitte der Sechzigerjahre gab es mit der Gründung des »Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins« und des »Deutschen Buchdruckerverbandes« einen neuen Anlauf, den Forderungen der Arbeiter nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen gegenüber den Unternehmern Nachdruck zu verleihen – notfalls mit der Waffe des Streiks. Die Gewerbefreiheit – erst im Norddeutschen Bund, dann im Deutschen



Die wirtschaftliche Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen war während der Industrialisierung und noch danach weit verbreitet. Bei Arbeitstagen bis zu 14 Stunden verkümmerte ihr Leben zum nackten Daseinskampf.



Kaiserreich – sicherte auch die Koalitionsfreiheit, also das Recht der Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu verbinden und Verträge mit den Arbeitgebern auszuhandeln.

In dieser Zeit wurde nun auch der Ruf nach einem eigenständigen politischen Sprachrohr für die Arbeiterschaft unüberhörbar. 1863 entwarf der Privatgelehrte und Schriftsteller Ferdinand Lassalle, ein leidenschaftlicher Vorkämpfer für die deutsche Einheit, das Programm für den »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein«. Eine seiner Forderungen: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Darüber sprach Lassalle – heimlich – sogar mit Bismarck. Die Begegnung zwischen dem als rückschrittlich – »reaktionär« – verschrienen Feind der Revolution und einem Führer der aufkommenden Arbeiterbewegung war an sich schon sensationell, das Thema umso mehr. Allerdings verbanden beide ganz unterschiedliche Erwartungen mit der möglichen Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Bismarck glaubte, dass die braven Untertanen im ländlichen Preußen königstreu wählen würden, Lassalle versprach sich davon die Gleichberechtigung der Arbeiter im Staat.

Klangen solche Überlegungen zur Lösung der sozialen Frage noch versöhnlich, hatte sich der Wind sechs Jahre später gedreht. 1869 hoben August Bebel und Wilhelm Liebknecht – Drechsler der eine, Journalist der andere – in Eisenach die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« aus der Taufe. Mit



1875 ist das eigentliche Geburtsjahr der deutschen Sozialdemokratie, an das dieses Dokument erinnert. Auf einem Vereinigungsparteitag in Gotha wurde die »Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands« aus der Taufe gehoben. Mit aller Macht versuchte Bismarck den Aufstieg der Arbeiterbewegung zu bremsen – vergebens.

ihrem Ziel der »Abschaffung aller Klassenherrschaft« und einer sofortigen Überführung von Grund und Boden in Gemeineigentum (Vergesellschaftung) stellte sie im Anschluss an Marx und Engels das Privateigentum in Frage – eine Kampf-ansage an die bürgerliche Gesellschaft.

Aus der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« und dem »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein« ging 1875 in Gotha die »Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands« hervor, die sich 1890 in »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« (SPD) umbenannte. War dies nun der Weckruf zur Revolution im Deutschen Kaiserreich? Gewiss, die Genossen, wie sich die Sozialisten Bebels und Liebknechts untereinander anredeten, beriefen sich gern auf Marx und Engels, die Ahnherren des

»Kommunistischen Manifests«. Sie fühlten sich der länderübergreifenden Solidarität der Arbeiterklasse verpflichtet, die Marx und Engels predigten, und Ideen der beiden Gründer des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus waren auch ins Gothaer Programm von 1875 eingeflossen.

So war die Rede von der »Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft«, der »Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt« sowie der »Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit«. Das klang zwar nach der Verheißung einer besseren Welt in ferner Zukunft (Utopie). Aber ein Aufruf zum gewaltsamen Sturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, der für Marx und Engels und viele ihrer Schüler immer eine Möglichkeit blieb, war dies nicht. Vielmehr sollte der Klassenkampf in geordneten Bahnen verlaufen; es galt, den »freien Staat und die sozialistische Gesellschaft« mit »allen gesetzlichen Mitteln« Schritt für Schritt zu erreichen. An erster Stelle stand dabei die Durchsetzung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für »alle Abstimmungen in Staat und Gemeinde«.

Das lief letzten Endes auf die Schaffung demokratischer Verhältnisse in ganz Deutschland hinaus – also auch in Preußen. Grund genug, dass bei Bismarck die Alarmglocken schrillten, der doch mit dem allgemeinen Wahlrecht ganz andere Erwartungen verbunden hatte und jetzt den großen Umsturz witterte. Nach und nach veränderte Deutschland sein Gesicht. Zwar war Preußen im Osten zu großen Teilen noch immer ein Agrarland, in dem die Junker nach Gutsherrenart das Regiment führten. Aber vor allem im Westen, in Westfalen, im Rheinland und an der Saar schritt die Industrialisierung zügig voran. Immer mehr Arbeiter schlossen sich den Sozialdemokraten an oder wählten sie zumindest.

Zwar gebärdeten sich die Sozialdemokraten in ihren Worten oft radikal, tatsächlich aber dachten sie gar nicht daran, eine Revolution vom Zaun zu brechen, sondern versuchten durch Wahlen an Einfluss zu gewinnen. Wie den ihnen nahe stehenden sozialistischen Gewerkschaften ging es ihnen darum, das Los der Arbeiter zu verbessern. Als sie bei der Reichstagswahl im Januar 1877 von 5,4 Millionen Stimmen fast 500 000 erhielten und damit viertstärkste Partei im Reich wurden, holte Bis-

marck zum großen Schlag gegen die vermeintlichen Umstürzler aus. Ein Attentat auf Wilhelm I., bei dem der Kaiser am 2. Juni 1878 verletzt wurde, bot dem Reichskanzler die Gelegenheit dazu. Zwar bestanden keine Verbindungen des Täters zur Sozialistischen Arbeiterpartei, aber darauf kam es dem Machtmenschen Bismarck auch gar nicht an. Ebenso wenig wollte er zur Kenntnis nehmen, dass die Sozialdemokraten Gewalt als Mittel der Politik ablehnten. »Gegen die Sozialdemokraten«, forderte Wilhelms ergebener Gefolgsmann seinen Kaiser auf, sei »ein Vernichtungskrieg zu führen«.

Bismarck ließ – wie so oft, wenn er seine »Kanzlerdiktatur« bedroht wähnte – den Reichstag auflösen und setzte Neuwahlen an. Anschließend legte er den Abgeordneten ein Ausnahmegesetz »wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« vor, das mit großer Mehrheit am 19. Oktober 1878 angenommen wurde. Und nun zeigte sich, wie weit das Deutsche Reich noch von demokratischen Verhältnissen und einem wirklichen Rechtsstaat entfernt war. Die Polizei verbot sozialdemokratische und gewerkschaftliche Vereine, untersagte Versammlungen ihrer Mitglieder und Anhänger und beschlagnahmte Zeitungen und Broschüren. Verdächtige Personen konnten verhaftet werden oder wurden gleich aus ihren Wohnorten ausgewiesen. Überall lauerten Spitzel und verrieten sozialdemokratische Arbeiter, die daraufhin entlassen wurden. Zwölf Jahre lang verfolgte Bismarck die »vaterlandslosen Gesellen«, wie sie von ihm und seinesgleichen genannt wurden, weil ihre Führer sich einst gegen die Aneignung (Annexion) von Elsass-Lothringen ausgesprochen hatten.

Aber wie schon im »Kulturkampf« kehrte sich die Entwicklung gegen den Reichsgründer. Da die Sozialdemokraten trotz des Sozialistengesetzes weiter an Parlamentswahlen teilnehmen konnten, scharten sich ihre Anhänger um sie, und so stieg ihr Stimmenanteil von Mal zu Mal. Bereits im Dezember 1880 bemerkte der Berliner Polizeipräsident, »dass der Mut der deutschen Sozialdemokratie noch immer ungebrochen ist, dass die Bewegung, welche eine Zeit lang etwas erschlaft war, jetzt wieder einen neuen Aufschwung genommen hat«. Bismarcks Versuche, die katholische und sozialdemokratische Opposition zu unterdrücken, waren fehlgeschlagen. Was nun?

## Mit Zuckerbrot und Peitsche

Seit 1878/79 regierte Bismarck mit Hilfe der konservativen Parteien und des Zentrums. Er hatte seine alten Bündnispartner, die Nationalliberalen, fallen gelassen, als einflussreiche Kreise der Wirtschaft auf eine Änderung der Wirtschaftspolitik zu drängen begannen. Solange sie ihre Erzeugnisse im In- und Ausland gut verkaufen konnten, waren deutsche Unternehmer und preußische Großgrundbesitzer für den Freihandel eingetreten. Doch die Konkurrenz preiswerter erzeugter Produkte aus anderen Ländern machte ihnen zusehends zu schaffen. Deshalb setzten sich Interessenvertreter aus Industrie und Landwirtschaft nun massiv für nationale Schutzzölle ein.

In diesem Bündnis, der Koalition von »Eisen und Roggen«, sah Bismarck seine große Chance, mit einer neuen Mehrheit im Reichstag liberalen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben und Preußen als konservatives Bollwerk in Deutschland zu erhalten. Doch auf Dauer hielt das Bündnis nicht, was Bismarck sich davon versprach. Die parlamentarischen Kräfte, die der Reichsgründer für sich einspannen wollte, ließen sich nicht mehr so einfach bändigen. Immer häufiger erging er sich jetzt in düsteren Andeutungen. »Es kann wohl dahin kommen, dass ich das, was ich gemacht, wieder zerschlagen muss.« Was damit gemeint war, wusste jeder, dem Bismarcks Bereitschaft, Gewalt in der Politik einzusetzen, vertraut war. Sollte der Reichstag nicht gefügig zu machen sein, dann müsse eben ein »Staatsstreich« für klare Verhältnisse sorgen, hatte er schon 1878 geäußert. Diese Drohung mit der Aufhebung der Verfassung hielt das Parlament in den achtziger Jahren in Schach.

Bismarck schlug aber auch noch andere Wege ein, um den preußisch-deutschen Staat und dessen vordemokratische Gesellschaftsordnung zu stärken. Ihm war bewusst, dass die »soziale Frage«, also das Los der Arbeiter, nicht allein durch die politische Unterdrückung der Sozialdemokratie zu beseitigen sein würde. Wenn der Staat ein wenig an sozialer Sicherheit garantierte, hoffte er, dann müsste es doch gelingen, die Arbeiter von der SPD abzubringen und für die Monarchie zu gewinnen.